

POLITISCHE BÜCHER

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Leidenschaftliche Leidenschaftslosigkeit

Eine „realistische“ Betrachtung über die globale Herausforderung Klimawandel

Der Klimawandel wurde lange Zeit von (eher linken) Aktivisten und (eher konservativen) Skeptikern in die Zange genommen. Erstere neigten dazu, die Gefahr absolut zu setzen, und forderten radikale, oft utopisch erscheinende Maßnahmen. Letztere relativierten die Risiken und setzten, wenn überhaupt, auf marktkonforme Steuerungsmechanismen oder auf den technologischen Fortschritt. In der Literatur zum Thema sind mittlerweile auch Hybride zu finden, aber niemand wirbelt die alte Schlachtordnung derart lustvoll durcheinander wie der britische Politikwissenschaftler Anatol Lieven.

Lieven, Professor an der Georgetown University, nähert sich dem Thema aus sicherheitspolitischer Sicht. Schon damit ist er eine Ausnahme. In der Welt der internationalen Politik zählt Lieven, der auch für die New America Foundation arbeitet und als Auslandskorrespondent in Russland und Asien tätig war, zu den „Realisten“. Umso überraschender ist seine Priorisierung des Klimawandels als der alles überragenden Herausforderung für die Sicherheit der Nationen. Zu Beginn ähnelt das Buch einer Aufrüttelungsrede an den eigenen „Triben“. Fassungslos referiert Lieven das Desinteresse des außen- und sicherheitspolitischen Establishments am Klimawandel und wirft ihm – nicht ohne Ausnahmen zu zitieren – vor, sich schon deswegen auf den „Neuen Kalten Krieg“ (gegen Russland und China) zu konzentrieren, weil dies ihrem traditionellen Denken entspreche. Dabei seien die großen Mächte heute „viel drohter vom Klimawandel als voneinander“.

Lieven ist überzeugt, dass dem Westen kein gewöhnlicher, mit Waffen ausgerüsteter Krieg droht. Weder in Putins Moskau noch in Xis Peking macht er einen aggressiven globalen Machtanspruch aus – nur beschränkte Arrondierungen (wie in der Ukraine oder im Südchinesischen Meer), die niemanden außerhalb der betroffenen Gebiete stören müssten; sie sollten von uns „so leidenschaftslos behandelt werden, wie andere postimperielle Territorialdispute in der Welt“ und nicht als ernsthafte Bedrohung westlicher Interessen, rät er. Die völker- und menschenrechtliche Dimension ficht den Realisten Lieven nicht so sehr an. Lieber wägt er den fraglichen Nutzen einer moralischen Mission gegen diese Länder mit den Kosten ab, die daraus für den globalen Kampf gegen den Klimawandel entstehen.

Lieven sieht auf den Norden Europas und Amerikas weniger unmittelbare Konsequenzen zu kommen als auf die südlichen Gebiete und vor allem auf die schwächer entwickelten Länder (hier besonders Südasien). Und doch beschreibt er eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die am Ende die „Existenz der westlichen Demokratien“ gefährdeten. Bis zu diesem Punkt dürften



Der Nationalstaat als Retter ihres Lebensraums? Eisbären „besuchen“ eine Forschungsstation.

Foto rbb

ihm Klimaaktivisten jubeln, stärkt er doch ihr Anliegen um ein weiteres, nämlich sicherheitspolitisches Argument. Außerdem verlangt Lieven „massive Einschränkungen des Kapitalismus“ und stellt sich hinter den „Green New Deal“ der amerikanischen Demokraten. Doch wo Lieven die Voraussetzungen für ein wirkungsmächtiges Handeln gegen den Klimawandel ausleuchtet, ist ihm harter Widerspruch gewiss.

Als nachgerade zersetzend für unsere Gesellschaften und damit für die Effizienz jeder Klimapolitik betrachtet Lieven die Migration, die durch die Erderwärmung noch weiter zunehmen drohe. Lieven ist kein Einwanderungsgegner, aber er argumentiert mit dem britischen Ökonomen Paul Collier für eine konsequente Steuerung, weil Massenmigration, wie sie Europa zurzeit erlebe, die Gesellschaften in „erbitterte Polarisierung“ treibe. Dies wiederum stärke nicht nur klimaskeptische Rechtspopulisten, sondern verschiebe die politischen Prioritäten zu Lasten der Klimapolitik. Er wirft Linken und Grünen im Westen vor, nicht nur die kontraproduktive Wirkung einer Politik offener Grenzen nicht bedacht zu haben, sondern auch die der Anti-Atompolitik. Seinen wohl provokantesten Einspruch meldet er aber an der (nicht nur linken)

Überzeugung an, dass dem Erderwärmungsproblem nur mit „global governance“ beizukommen sei und der Nationalstaat dabei eher im Wege stehe.

Lieven sieht, im Gegenteil, einen „zivilen Nationalismus“ – den Begriff Patriotismus hält er für euphemistisch – als zentrale Bedingung für ein effizientes Handeln gegen den Klimawandel. Nur wer die eigenen, nationalen Interessen bedroht sehe, sei zu radikalem Handeln bereit – und nur der Nationalstaat könne seinen Bürgern die nötigen „Opfer“ abverlangen. Auf vielen Seiten spürt Lieven den Missverständnissen über den Nationalismus nach und bescheinigt ihm, trotz der Ausflüge ins Kriegerische die Moderne entscheidend vorangetrieben zu haben. Er arbeitet die Identitäts- und demokratiebildende Dimension des Nationalismus heraus und bekennt sich zu dessen Frucht: dem (westlichen) Liberalismus. Allerdings sieht er den Versuch, diesen in die Welt zu exportieren, als gescheitert an. Ein „ethischer Realismus“ zwingt dazu, sich wieder weniger für ferne Regionen und Menschen einzusetzen, als für den eigenen Staat, argumentiert er.

Der Kampf gegen den Klimawandel müsse daher in „nationalistische Kategorien umgedeutet“ werden – die Verteidigung des Nationalstaats, seiner Inter-

sen und seines künftigen Überlebens. Das Konzept eines solchen zivilen Nationalismus sei „defensiv, aber nicht chauvinistisch“, hebt er hervor und verweist darauf, dass strikte Migrationskontrolle mit der absoluten Verpflichtung zur Gleichheit aller Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft, einhergehen müsse. Über weite Strecken gleicht Lievens Buch einem Plädoyer gegen linksliberale Glaubenssätze, und am Ende der Lektüre fragt man sich ein bisschen, ob er den Klimawandel nur als Rahmen benutzt hat, um darin seine konträren Gesellschaftstheorien besser zur Geltung kommen zu lassen. Eine Umkehrung des Titels in „Der Nationalstaat und der Klimawandel“ hätte seine Leidenschaften jedenfalls in die richtige Reihenfolge gerückt. Das ändert aber nichts daran, dass ihm ein anregendes und im besten Sinne originelles politisches Buch gelungen ist.

JOCHEN BUCHSTEINER



Anatol Lieven: **Climate Change and the Nation State. The Realist Case.** Allan Lane/Penguin Random House, London 2020, 202 S., 16,99 €.

„Wie im Himmel, so auf Erden“

Felix Körner begründet, weshalb Religionen politisch sind und die Welt gestalten wollen

Otto von Bismarck soll gesagt haben, mit der Bergpredigt könne man keine Politik machen. Felix Körner, Professor für Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom, stellt das in Frage: „Wieso eigentlich nicht?“ Auch der Titel seiner Monographie dürfte Widerspruch hervorrufen: „Politische Religion. Theologie der Weltgestaltung – Christentum und Islam.“ Er legt aber überzeugend dar, dass man nicht nur mit dem Koran Politik machen kann, sondern dass auch das Judentum und Jesu Verkündigung des Gottesreiches den Anspruch haben, die Welt zu gestalten.

„Religionen sind offenbar von vornherein etwas Politisches“, schreibt Körner, der derzeit am Wissenschaftskolleg in Berlin forscht. Daher bedürfe es einer politischen Theologie. Der Ansatz ist weniger kühn, als es den Anschein hat. Der Jesuit Körner, der in katholischer Theologie und Islamwissenschaft promoviert wurde, präsentiert das Politische in den Theologien, indem er relevante Passagen in der Hebräischen Bibel, im Neuen Testament und im Koran auslegt. Dabei wird klar, dass Religionen die Welt gestalten wollen, dass sie das Zusammenleben der Menschen und die Machtverhältnisse beeinflussen. Daraus entwickelt Körner sechs politische Religionsmodelle.

Erstens ist Religion Kultur, also die nicht gewählte, prägende Umgebung eines Menschen; im Gegenmodell ist sie auch die Stiftung einer neuen Identität, also Mission und das Angebot einer neuen Zugehörigkeit. In einem zweiten Begriffspaar stehen sich Religion als Legitimation von Herrschaft und Gewalt sowie Religion als Relativierung und Kritik menschlicher Macht gegenüber. Im dritten Begriffspaar stellt Körner Religion als Vergewaltigung von Schwäche, die sie zu einer Stimme der Schwachen werden lässt, und Religion als Inspiration, die eine Gesellschaft (mit)prägt, gegenüber. Danach begründet er die These, dass Religion die Anerkennung des anderen sei.

Schlüsselkapitel sind die zur Legitimation und Relativierung von Macht. Im ersten Fall legitimieren Religionen politische Ordnungen als Abbild der großen göttlichen Ordnung. So formuliert Psalm 72 die Kriterien für eine gerechte Herrschaft, und mehrere Stellen im Neuen Testament lassen keinen Zweifel daran, dass die Staatsgewalt allein von Gott stammt, so Römerbrief 13,1 und Johannes 19,11. Im Koran hält Körner die Sure 90 für eine



Felix Körner: **Politische Religion. Theologie der Weltgestaltung – Christentum und Islam.** Herder Verlag, Freiburg, 2020, 336 S., 30,- €.

Schlüsselstelle. Sie formuliert, wie die Stadt als Ort der Stabilität und als neue Identität inmitten einer Stammesgesellschaft neue Anforderungen an ihre Bürger stellt. Denn die neue Zivilisation, die mit dem Propheten entsteht, ist daran geknüpft, Gott anzuerkennen und für die Mitmenschen zu sorgen.

Körner zeigt ferner, dass Krieg im Namen Gottes keiner monotheistischen Religion fremd ist. Die Hebräische Bibel verbindet ausdrücklich Heiligkeit und Krieg, etwa bei Jeremia 6,4 und Richter 3,28, und im Koran ist der Dschihad der Kampf gegen die Ungläubigen mit Waffengewalt, selbst wenn das, wie Sure 2:190-191, gebietet, Einschränkungen unterliegt. Und im Christentum rechtfertigte Papst Urban II. 1095 den ersten Kreuzzug mit dem Neuen Testament.

Im Gegenmodell zur Legitimierung der Macht schränkt Religion die Herrschaft jedoch auch ein. Denn die Gemeinde, die an das mit Jesus hereinbrechende Gottesreich glaubt, relativiert die irdischen Machtansprüche, die angesichts der kommenden Gottes Herrschaft nur unvollkommen sein können. Die vollkommene

himmlische Ordnung wird so zum Anstoß einer Neuordnung der Erde. Schließlich heißt es im Vaterunser: „Wie im Himmel, so auf Erden“. Mit ihrer Gerechtigkeit werde die Gottesgemeinschaft Maßstab der irdischen Herrschaft und zur Hoffnung, schreibt Körner. Oder wie es Martin Luther gesagt hat: „Wer mit dem Gesetz regiert, der ist wie Gott, der die Gesetze geschaffen hat.“

Eine solche Vergewaltigung des Gottesreiches diene auch als Schutz vor totalitären Machtansprüchen. So sei der Gottesbezug in Deuteronomium 16,18 Freiheitsgarant des Volkes gegenüber dem Herrscherhaus, und die Apostelgeschichte 5,29 formuliert, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen, was letztlich irdische Herrschaft beschränkt. Das lässt die Staatsform offen, auch im Islam. Körner zeichnet die Argumentation des aus dem Sudan stammenden Islamgelehrten Abdullahi Ahmad al-Naim nach, der in seiner Koranexegese zum Ergebnis kommt, dass der Islam mit allen Staatsformen vereinbar sei und von seinen Gläubigen vor allem fordere, sich als Bürger in die Gesellschaft einzubringen.

Die Kirchen waren über Jahrhunderte hinweg eine Inspirationskraft, auch in säkularen Ordnungen. Darauf wies auch der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde mit seinem Diktum hin: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Heute verlieren die Kirchen aber diese Inspirationskraft, und der Einfluss von Ideologien nimmt zu. Die verfügen aber weniger als Religionen, die in ihren langen Traditionen zu Neuentdeckungen fähig sind, über inhärente Korrekturmechanismen.

Christentum und Islam leiten aus ihren Gründern einen Weltgestaltungsanspruch ab. Bezeichnend ist, dass sich das frühe Christentum als geistliche Gemeinschaft den Namen Ekklesia gegeben hat. So hießen im antiken Griechenland die politischen Ratsversammlungen in den

Städten. Weiter geht Körner nicht. Er bleibt bei der Theologie. Er geht nicht darauf ein, wie die Institution Kirche die gewonnene Freiheit wieder berauben kann, und auch nicht darauf, weshalb die Ansprüche heute so unterschiedlich zutage treten.

Eine Antwort darauf kann der moderne Nationalstaat sein. In Europa trennte der Westfälische Frieden im neuen Nationalstaat die Bereiche der diesseitigen weltlichen Macht und der transzendenten religiösen Macht. In der islamischen Welt ist bei der Gründung der Nationalstaaten im 20. Jahrhundert der Islam jedoch ausdrücklich Teil der nationalen Identität geworden. Der Islam wurde, wenn auch nur mittelbar wie in der Türkei, Staatsreligion, und islamische Institutionen waren von Anfang an feste Bestandteile der neuen Staaten.

Körner betont, dass das Christentum sich nur dann treu ist, wenn es seine Wertgestaltungskraft zur Geltung bringt, also politisch wirkt. Kann man mit der Bergpredigt also doch Politik machen? Davon sind die Vertreter der katholischen Soziallehre ebenso überzeugt wie Papst Franziskus. Denn seine jüngste Enzyklika Fratelli tutti ist mit der Kritik an den Zuständen der Welt, mit der Forderung nach Gerechtigkeit und dem Einsatz für die Schwachen ein ausgesprochen politisches Schreiben.

In einer Zeit, in der über den sogenannten „Politischen Islam“ debattiert wird, öffnet Körner den Blick auf die Wechselwirkung von Politik und Religion bei den drei großen monotheistischen Religionen. Sein Verdienst ist, zu zeigen, dass nicht nur der Islam einen Weltgestaltungsanspruch hat, sondern dass dieser auch im Judentum und im Christentum angelegt ist. Das steht nicht im Widerspruch zum Grundgesetz. Entscheidend ist, dass der Anspruch ohne Gewalt und im Rahmen einer pluralen Ordnung vorgetragen wird. So könnte Körners Politische Theologie auch dazu beitragen, das Verhältnis zum Islam und den Muslimen zu entkrampfen.

RAINER HERMANN

Trump hat Amerika gespalten

Zu Beginn möchte ich Ihnen dafür danken, dass die F.A.Z. in Corona-Zeiten immer noch ihren Weg nach Barcelona findet. Sie ist ein Retter in einer schwierigen Zeit und überzeugt durch ausgezeichnete journalistische Qualität. Zum Artikel „Mittäterschaft durch Unterlassung“ von Andreas Ross (F.A.Z. vom 8. Januar): Donald Trump war nach eigenen Aussagen gekommen, um den „Sumpf in Washington“ zu bekämpfen und die Medien als „Feind des Volkes“ zu stigmatisieren. Und für diese Botschaft hat er jahrelang ausge-rechnet die von ihm zuletzt kritisierten sozialen Netzwerke Twitter, Facebook und Instagram benutzt. Auch sie waren mit schuld am Aufstieg eines Außenseiters, der die sozialen Medien für seine Lügen und Verschwörungstheorien missbraucht hat.

Wozu das führen kann, haben wir am 6. Januar bei der Attacke auf den Kongress in Washington gesehen. Und der Anstifter der versuchten Revolte saß zu diesem Zeitpunkt im Weißen Haus und sah sich die Zerstörung der Büros im Fernsehen an! Trump ist gescheitert, weil er nach der verlorenen Wahl die Niederlage nicht akzeptieren konnte. Er sah sich immer als Gewinner, und nun war er selbst ein Verlierer. Die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative hat ihn

nie interessiert. Die Gerichtsurteile zu einer möglichen Wahlfälschung hat er komplett ignoriert. Auch die Zertifizierung in den sogenannten „battle-ground states“ hat er als Fälschungen disqualifiziert. Er hat das großartige Amerika mehr gespalten als jeder andere Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg. Und er hat selbst zwei Monate nach der Wahl seine Anhänger aufgerufen, das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren, und sprach immer noch von der „gestohlenen Wahl“.

Die schlimmen Folgen dieser Politik kennen wir jetzt. Und fast, ja fast hätten wir in Washington einen Zustand gehabt wie in Venezuela oder Libyen, wo es seit Jahren zwei Regierungen gibt. Trump hat die Demokratie aufs Spiel gesetzt, nur um womöglich an der Macht zu bleiben. Und keiner in der Führung der Republikaner (Mitch McConnell, Kevin McCarthy, Mike Pence, William Barr) hat ihn daran gehindert, weil sie seine persönliche Rache geführt haben. Das ist die Tragödie einer Geschichte und zeigt, wie gefährlich es war, Donald Trump in das Oval Office zu wählen. Er geht als gescheiterter Präsident, und man kann nur hoffen, dass wir ihn da niemals wiedersehen.

ROBERT MOTZKUHN, BARCELONA, SPANIEN

China überlegen

Zum Beitrag „Pekings autoritäre Reflexe“ in der F.A.Z. vom 2. Januar: Auch wenn es keine Belege dafür gibt, dass das Virus aus einem Labor in Wuhan entkommen ist, für die „Markttheorie“ gibt es auch keine Beweise. Beide Varianten sind gleich glaubwürdig. Das Verhalten der chinesischen Behörden lässt die „Laborvariante“ wahrscheinlich erscheinen. Was auch immer passiert

sein mag, die chinesische Regierung hat wichtige Erkenntnisse darüber gewonnen, dass China in einem biologischen Krieg dem Westen weit überlegen wäre. Hoffentlich nehmen unsere Politiker und Militärs das auch zur Kenntnis. Wir sollten uns nicht noch stärker von China abhängig machen.

HEINZ KEIZER, UNTERWÖSSEN

Wer wagt noch zu widersprechen?

„Der Genderstern ist ein sprachlicher Gesslerhut – besser kann man die (außersprachlichen) Beweggründe zur Durchsetzung eines als gendergerecht bezeichneten Sprachumbaus nicht auf den Punkt bringen! In seinem Beitrag „Unter dem Muff von hundert Jahren“ (F.A.Z. vom 8. Januar) gelingt Peter Eisenberg der so überzeugend wie differenziert geführte Nachweis, dass die Einlassungen der von Gendergerechtigkeit Durchdrungenen sprachwissenschaftlich abwegig sind. „Wer einmal einen etwas längeren durchgerasterten Text gelesen hat, wird ...“ – zu diesem Satzeinstieg Eisenbergs passt wohl auch die Fortführung „wird ihn entnervt beiseitelegen“. Das Lesen etwa von literaturwissenschaftlichen Aufsätzen mit Genderstern ist eine Qual, und nach redlichem Bemühen, die Durchsternung auszuhalten, oft bis zum dritten Anlauf, breche ich, ein Leser weiblichen Geschlechts, in der Regel ab.

Das Einknicken des Dudens folgt dem der Universitäten, die immer mehr zu Beschleunigern des Umbaus werden. Leider tun sich dabei gerade auch die Germanisten hervor, die es besser wissen sollten. Ihre Veröffentlichungen, bestimmt für die Studierenden, die sie als ihre LeserInnen oder Leser*innen oder gar als Lesende adressieren, beeinflussen nachhaltig die künftigen in Schulen Lehrenden, was den Umbau der Sprache in politischer Zurückung endgültig absichern dürfte. Wer aus der wissenschaftlichen Elite an den Universitäten und wer unter den politischen Entscheider*innen wagt es angesichts des allgegenwärtigen Drucks von Sprach-Ideologen überhaupt noch, den Gesslerhut nicht zu grüben und öffentlich zu diesem sprachwissenschaftlichen Unsinn auf Distanz zu gehen? Leider viel zu wenige!

DR. BARBARA SCHEUERMANN, GÖTTINGEN

Generisches Maskulinum und Gender-Stern

Dem lesenswerten Beitrag von Peter Eisenberg „Unter dem Muff von hundert Jahren – Jetzt knickt auch noch der Duden ein“ (F.A.Z. vom 8. Januar) möchte ich drei Aspekte hinzufügen. Erstens: Das Argument der Befürworter einer gendergerechten Sprache jederlei Geschlechts, dass die Sprache das Bewusstsein prägt, ist nicht von der Hand zu weisen und leicht durch ein bekanntes Selbstexperiment nachzuvollziehen:

Beim Lesen des Satzes „An der Bushaltestelle stehen drei Apotheker“ stellt sich automatisch das Bild von drei männlichen Vertretern dieser Berufsgruppe ein. Dieses Argument der unterschiedlichen Bewusstseinslenkung trifft aber – mit wenigen Ausnahmen wie „Arzt/Ärztin“ – auch für das von der maskulinen Form abgeleitete feminine Pendant zu: Gerade durch die Negierung der Existenz eines generischen

Maskulinums wird die Abhängigkeit der femininen von der maskulinen betont. Wollte man diesen Effekt vermeiden, müsste man (wie Jean Paul es tatsächlich tat) von Dichtern und Dichtinnen sprechen. Zweitens: Peter Eisenberg weist darauf hin, dass das nominalisierte Partizip I wie jedes andere deutsche Substantiv nur im Plural wirklich geschlechtsneutral ist. Virtuell bleibt der Singular aber als Grundform des Wortes erhalten und ist umso stärker als generisches Maskulinum in der Sprache verankert, als die Substantivierung die Ergänzung des Artikels nötig macht. Drittens: Die meisten lyrischen oder poetischen Formen sperren sich optisch und rhythmisch gegen eine konsequent gegenderte Sprache. Was taugt eine Grammatik, die Sonette verbietet?

DR. PETER HÖFLE, HOFHEIM

Unvollendete Entgötterung

Erfreut habe ich in Ihrer F.A.Z.-Ausgabe vom 23. Dezember eine ganze Seite zu Hannah Arendt gelesen: drei Artikel, gruppiert um den Wiederabdruck einer kurzen Buchbesprechung Arendts aus dem Jahr 1933. In der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ amüsierte sich Arendt über den Roman „Gog“ von Giovanni Papini (in Berlin 1931 erschienen), weil sich darin „die Entgötterung der großen Männer“ vollziehe, und zwar „nach Shawscher Manier“. Schön, dachte ich, warum ist das so aufregend?

Unsere Männer widmen sich der Frage, wer wohl Hannah Arendt wie unterstützt habe und wer ihr Denkanstöße gegeben haben könnte: Tillich, Dibelius, Jaspers, Koselleck, Heidegger. Zur Aussage der Papini-Rezension selbst schweigen sie. Der unten auf der Seite stehende Artikel mit der Überschrift „Sie redet Revolution, sie atmet Aufbruch“ wendet sich gegen den Kultstatus, der Arendt zu-

gesprochen wird, und behauptet: „Der Kult um Hannah Arendt hat sich von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit ihren Schriften gelöst.“ Ach ja, meine Gutachter zur Dissertation und Habilitation warnten schon 1975 und 1999 vor Hannah Arendt. Mit ihr (und Agnes Heller) brauche ich mich nicht zu beschäftigen. Da steht frau staunend vor wissenschaftlichem Diskurs und Urteil.

DR. INGRID REICHART-DREYER, BERLIN

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich insbesondere auch wegen der Coronavirus-Krise erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.